

Beschluss Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt Leben im Quartier

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Selbstbestimmt leben im Alter

Antragstext

1 **Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt** 2 **Leben im Quartier**

3 Wir leben – zum Glück! – immer länger. Jeder fünfte Mensch in NRW ist über 65
4 Jahre alt – Tendenz steigend. Wir GRÜNE setzen uns für konkrete Maßnahmen ein,
5 damit jeder Mensch selbstbestimmt, bei bestmöglicher Gesundheit und in Würde alt
6 werden kann und aktiv an der Gesellschaft teilhat.

7 Älter zu werden bedeutet heute etwas anderes als früher. Viele Menschen sind am
8 Ende ihrer Berufstätigkeit eigenständig und aktiv, doch mit dem Ende der
9 Erwerbsarbeit besteht das Risiko, in ein Loch zu fallen, soziale Kontakte zu
10 verlieren und keinen geregelten Tagesablauf mehr zu haben. Die Folge: Angst vor
11 Einsamkeit. Dabei kann diese Zeit eine neue Lebensphase sein, die sie ihren
12 Interessen, Freund*innen, der Familie und dem Engagement für die Gesellschaft
13 widmen wollen. Dieses Engagement wollen wir GRÜNE besser unterstützen, denn es
14 bereichert unsere Gesellschaft, die vom Erfahrungsschatz, der Lebensleistung und
15 der Zeit älterer Menschen enorm profitieren kann.

16 Immer mehr Menschen sorgen sich allerdings, im Alter ihren Lebensstandard nicht
17 mehr halten zu können oder gar eine Rente zu beziehen, die die nicht zum Leben
18 reicht. So sind immer mehr Rentner
19 innen von Altersarmut betroffen. Eine prekäre soziale Absicherung erschwert
20 gesellschaftliche Teilhabe. Wir GRÜNE kämpfen deshalb entschieden für gerechte
21 Löhne, die im Alter vor Armut schützen, bezahlbares Wohn- und Lebensorte
22 ermöglichen und für eine auskömmliche soziale und finanzielle Sicherung im Alter
23 sorgen. Dafür brauchen wir neben einer gestärkten Rente eine gute und
24 zugängliche soziale Sicherung, die Menschen auch im Alter ein sicheres soziales
25 Netz bietet, wenn die Rente nicht reicht. Wir setzen uns deshalb für eine
26 Alterssicherung ein, die für alle funktioniert und in der alle füreinander
27 eintreten. Und wir sehen die besonderen Bedarfe von Menschen, die
28 Benachteiligungen aus sozialen oder kulturellen Gründen oder aufgrund ihrer
29 Einschränkung oder Behinderung erfahren.

30 Im Alter wird vieles schwieriger und der Unterstützungsbedarf wächst:
31 Körperliche Beeinträchtigung und Pflegebedürftigkeit schränken die persönliche
32 Mobilität ein. Dadurch können ältere Menschen ihren Alltag nicht mehr alleine
33 bestreiten und sind auf fremde Hilfe angewiesen, insbesondere wenn es keine
34 Partner*in, keine Kinder gibt, Angehörige weit weg wohnen oder beruflich stark
35 eingebunden sind. Die Sicherung einer menschenwürdigen Pflege ist eine zentrale
36 gesellschaftliche Aufgabe, die mit dem demografischen und sozialen Wandel weiter
37 an Bedeutung gewinnen und Deutschland die nächsten Jahrzehnte mit prägen wird.
38 Die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt zu, das Krankheitsspektrum und

39 der Unterstützungsbedarf werden umfangreicher und differenzierter. Zugleich
40 zeichnet sich in der Pflegebranche ein großer Mangel an Fachkräften ab.

41 Noch immer wird der Großteil der Pflege und Unterstützungsleistungen von
42 Angehörigen aus dem familiären Umfeld erbracht. Soziale Veränderungen, Wandel im
43 Zusammenleben und bei den Rollenbildern führen dazu, dass traditionelle
44 Familienstrukturen sich grundlegend wandeln. So ist ein beträchtlicher Teil der
45 pflegenden Angehörigen berufstätig und daher doppelt belastet oder selbst schon
46 im höheren Lebensalter und deshalb wenig belastbar. Deshalb müssen wir heute für
47 die Rahmenbedingungen sorgen, die dieser Entwicklung wie auch dem Anspruch einer
48 würdevollen Pflege gerecht wird und schließlich die pflegebedürftigen Menschen
49 und deren Angehörige stärkt.

50 In einer vielfältigen Migrationsgesellschaft heißt Älterwerden auch, dass die
51 Ansprüche an die soziale, Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur diverser werden.
52 Insbesondere mit dem Eintritt in den Ruhestand der ersten, teilweise auch schon
53 der zweiten Generation der Familien der sogenannten Gastarbeiter*innen ist der
54 Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Pflege deutlich gewachsen
55 und wird weiter ansteigen. Auch muss sich unsere Gesellschaft auf die besonderen
56 Erfahrungen und Bedürfnisse von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und
57 intergeschlechtlichen alten und höchstaltigen Personen (LSBTTI*) einstellen,
58 die in ihrer Biografie oftmals Erfahrungen von Verfolgung, Diskriminierung und
59 Ausgrenzung gemacht haben. Hier geht es darum, die spezifische(n) Kulturen zu
60 verstehen, um Retraumatisierungen zu vermeiden. Dies verlangt eine
61 kultursensible Pflege, die zwingender Bestandteil zum einen der Alten- und
62 Krankenpflegeausbildung, der Pflegeinfrastruktur im Lebensumfeld sein muss,
63 setzt aber die Förderung LSBTTI*-sensibler offener Altenarbeit voraus.

64 Wir GRÜNE wollen, dass Menschen genau die Unterstützung finden, die sie
65 brauchen, um im Alter selbstbestimmt leben zu können. Wo ginge das besser als im
66 direkten Lebensumfeld? Wir wollen altersgerechte Wohn- und Lebensorte stärken.
67 Wir wollen, dass unsere Stadtteile und Dörfer mehr sind als eine Ansammlung
68 einzelner Häuser, Straßen und Geschäfte. Der Vereinzelung setzen wir die Vision
69 eines Quartiers für alle Generationen entgegen: Der Stadtteil oder das Dorf als
70 Lebensmittelpunkt für Viele, in dem Gemeinsamkeit möglich wird. Hier sollte
71 alles fußläufig und barrierefrei bereitstehen, was Menschen in unterschiedlichen
72 Lebensphasen und mit unterschiedlichen Einkommen brauchen: Von bezahlbarem
73 Wohnangebot, Gesundheitsversorgung und Pflegeleistungen über
74 Einkaufsmöglichkeiten hin zu öffentlichen Treffpunkten, Kultureinrichtungen und
75 Spielplätzen. Schließlich gehört hierzu auch der ökologische Umbau der
76 Quartiere, Stadtteile und Dörfer.

77 Der Weg zu dieser Vision führt über unsere Städte, Gemeinden und Kreise. Sie
78 müssen die Stadtentwicklung und die Pflegebedarfsplanung wieder stärker in die
79 Hand nehmen und ihre Kommunen zu Zukunftsdörfern und -quartieren umbauen. Für
80 eine solche integrierte, den demografischen Wandel und die nötigen Maßnahmen zur
81 Klimafolgenanpassung berücksichtigende Stadtentwicklung brauchen unsere Kommunen
82 die Unterstützung des Landes.

83 Alt und motiviert – Engagement im Alter besser unterstützen

84 Im Alter können Menschen viel geben: Die Gesellschaft kann vom Erfahrungsschatz
85 und der Zeit älterer Menschen enorm profitieren. Viele ältere Menschen
86 engagieren sich in Vereinen und Kirchen, ehrenamtlich in der Politik, in

87 Seniorenbeiräten und Nachbarschaftsinitiativen. Und es sind vor allem Menschen
88 im Alter, die sich bei Einschränkungen, Behinderungen und Krankheiten
89 gegenseitig unterstützen. Damit sorgen sie für Zusammenhalt und nicht zuletzt
90 auch handfeste Einsparungen in der Pflege.

91 Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung durch die Politik. Wir
92 wollen die Netzwerkarbeit im Quartier und besonders von älteren Menschen
93 unterstützen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Die Schwarz-Gelbe
94 Landesregierung macht genau das Gegenteil: So streicht sie etwa ab diesem Jahr
95 Gelder bei der Initiative „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ (ZWAR). In dieser
96 Initiative organisieren sich ältere Menschen selbst, engagieren sich für die
97 Gemeinschaft und unterstützen sich gegenseitig. Mit den Kürzungen der
98 Landesmittel steht die landesweite Koordinierung dieser Initiativen vor dem Aus.
99 Wir GRÜNE unterstützen die Initiative weiter im Kampf gegen diese Kürzungen,
100 weil wir wissen, dass die erfolgreiche Selbstorganisation von Menschen im Alter
101 einen professionellen Beratungs- und Unterstützungsrahmen braucht. Auch die
102 Arbeit der kommunalen Konferenzen für Alter und Pflege wie auch die der
103 kommunalen Gesundheitskonferenzen sollen auch durch eine stärkere Teilhabe von
104 Selbsthilfegruppen und Betroffenenorganisationen gestärkt und ausgeweitet
105 werden. Hierbei müssen auch gesonderte Bedürfnisse von Frauen, von Menschen mit
106 Migrationsgeschichte, von Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung und von
107 LSBTTI* im Alter berücksichtigt werden.

108 Teilhabe stärken - gegen Vereinsamung und Ausgrenzung

109 Vereinsamung und oftmals auch Armut bestimmen die Lebenssituation von vielen
110 älteren Menschen. Deshalb sind Kommunen und soziale Netze vor Ort gefragt,
111 Angebote zu schaffen, die ältere Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen
112 und die Teilhabe fördern. Hierzu gehören Angebote gegen Vereinsamung wie
113 Treffpunkte und Beteiligungsmöglichkeiten, digitale Vernetzungsstrukturen (z.B.
114 Senioren-Chatgruppen), Teilhabevergünstigungen bis hin zu aufsuchenden sozialen
115 und kulturellen Angeboten im Wohnquartier.

116 Teilhabe an Aktivitäten sollte durch Sozialtickets und Vergünstigungen bei
117 Kultur- und Freizeitangeboten ermöglicht und gefördert werden. Im Landtag haben
118 wir GRÜNEN uns erfolgreich für den Ausbau und die Sicherung der
119 Landesfinanzierung für die Sozialtickets vor Ort eingesetzt. Dazu gehören auch
120 aufsuchende Sport- und Kulturangebote im eigenen Lebensumfeld für Menschen mit
121 eingeschränkter Mobilität.

122 Teilhabe und Mitwirkung sind ein soziales Bedürfnis, auch älterer und auf Hilfe
123 angewiesener Menschen. Dafür brauchen wir unterstützende Nachbarschaften,
124 sorgende Gemeinschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“. Hier spielen
125 ehrenamtliche Netzwerke auch als niederschwellige Unterstützungsmöglichkeiten
126 eine wichtige Rolle, ebenso wie die Arbeit von Vereinen, Initiativen oder
127 Projekten vor Ort. Dies unterstützen wir.

128

129 Personalmangel in der ambulanten Pflege gefährdet gute Versorgung
130 Alte Menschen sind nicht automatisch pflegebedürftig. Wenn jedoch Hilfe und
131 Unterstützung notwendig werden, kann durch Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt bis
132 zu einem gewissen Grad der Bedürftigkeit gute Hilfe geleistet werden. Bei
133 aufkommender Pflegebedürftigkeit wird jedoch irgendwann ein Pflegedienst
134 unerlässlich, um einen Umzug ins Pflegeheim zu verhindern.

135 Wir erleben das aktuelle Versagen der Bundesregierung, die ambulante Pflege
136 entschieden aufzuwerten. Viele Maßnahmen sind nicht zuende gedacht und zielen
137 auf stationäre Versorgungsformen ab, während der ambulante Sektor vernachlässigt
138 wird. Pflegedienste sind gezwungen, Anfragen von Hilfesuchenden abzulehnen oder
139 gar bestehende Versorgungsverträge aufzukündigen. Der Fachkräftemangel in der
140 ambulanten Pflege wird bisher nicht entschieden genug angegangen. Er gefährdet
141 das selbstbestimmte Leben der alten Menschen vor Ort.

142 Prävention und Pflege stärken

143 Immer mehr Menschen in NRW benötigen Pflege. Aktuell sind es rund 800.000
144 Menschen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Etwa 350.000 Personen
145 mit Demenzerkrankung benötigen Hilfe und alltägliche Begleitung. Die zentralen
146 Elemente sind Prävention und Erhalt der Gesundheit, qualitativ hochwertige und
147 bedarfsgerechte medizinische Versorgung und vernetzte Versorgungsstrukturen. Wir
148 Grüne fordern einen Paradigmenwechsel hin zur Prävention. Um die Gesundheit der
149 Bevölkerung und gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern, sollen bei
150 allen Entscheidungen im Quartier die Auswirkungen auf die Gesundheit geprüft und
151 schädliche Auswirkungen vermieden werden. Prävention im Alter ist bislang wenig
152 ausgeprägt und zu wenig an der Lebensrealität der Menschen orientiert.
153 Prävention muss den Erhalt der Lebensqualität zum Ziel haben und auch eine
154 entsprechenden Wohnumfeldgestaltung unterstützen. Mobile Reha-Leistungen wie
155 Krankengymnastik und Ergotherapie können im häuslichen Umfeld Selbstbestimmung
156 und Mobilität stärken. Notwendig ist dabei eine kostendeckende Finanzierung der
157 ambulanten Reha. Präventionsberatung muss darüber hinaus auch strukturelle
158 Defizite benennen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen, um damit die
159 Kommunen bei der altersgerechten und inklusiven Gestaltung des Wohnumfeldes und
160 der Quartiere unterstützen zu können.

161
162 Der Bedarf nach einer auskömmlichen und qualitativ hochwertigen
163 Pflegeinfrastruktur ist in den letzten Jahren allerdings deutlich gestiegen und
164 wird auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Dieser wachsenden
165 gesellschaftlichen Bedeutung der Pflege steht weiterhin ein massiver
166 Pflegenotstand gegenüber, der auf gesundheitsgefährdende Arbeitsbelastung bei
167 gleichzeitig fehlender Wertschätzung, unzureichender Entlohnung und einem
168 Minimum an verlässlicher Freizeit zurückgeht. Gleichzeitig bleibt viel zu wenig
169 Zeit für die Pflege und Beziehungsarbeit zu den Patient*innen. Dieser Notstand
170 ist einem reichen Land schlicht unwürdig. Wir haben uns in der rot-grünen
171 Landesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, die Zahl der Auszubildenden in der
172 Pflege massiv zu steigern. Dank Einführung der Ausbildungumlage wurden seit
173 2012 in keinem anderen Bundesland so viele neue Ausbildungsplätze geschaffen.
174 Doch dieser Weg muss konsequent fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Um
175 nachhaltig Fachkräfte für die immer komplexer werdenden Pflegebedarfe zu
176 gewinnen, muss die Weiterentwicklung des "Qualifikationsmixes" von der
177 Helferausbildung bis zum Hochschulabschluss in der direkten Versorgung gefördert
178 werden. Das gilt für alle Zielgruppen (Altenpflege, Heilerziehungspflege,
179 Kinderkrankenpflege,...) und für alle Versorgungssektoren: ambulante Pflege,
180 akutstationäre Pflege, Rehabilitationspflege und stationäre Langzeitpflege . Wir
181 wollen zudem weiter dafür sorgen, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu
182 verbessern und dafür beispielsweise die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.
183 Darüber hinaus wollen wir die Unterstützung pflegender Angehöriger verbessern.

184 Pflegebedarf darf nicht zum Armutsrisiko werden

185 Die Pflegeversicherung wird heute ihrem Ziel nicht mehr gerecht, im Pflegefall
186 vor Armut zu schützen. Immer mehr pflegebedürftige Menschen sind bereits auf
187 Sozialhilfe angewiesen. Diese Situation wird sich ohne Gegenmaßnahmen weiter
188 verschärfen. Denn nach heutiger Systematik der Pflegeversicherung gibt es je
189 nach Pflegegrad einen festen Zuschuss zu den Pflegekosten. Die dringend nötigen
190 Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung der professionellen
191 Pflegenden erhöhen automatisch die Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Diese
192 liegen in NRW im bundesweiten Vergleich bereits im Spitzenfeld. Wir Grünen
193 fordern deshalb mit der doppelten Pflegegarantie eine Reform der
194 Pflegeversicherung, die dafür sorgt, dass alle pflegebedürftigen Menschen die
195 Pflege erhalten, die sie benötigen, und die Kosten dafür für sie begrenzt sind.

196 Wir wollen erstens, dass Pflegebedürftige nur einen festen Betrag deutlich unter
197 dem heutigen Eigenanteil für die Pflege zahlen müssen und die Kosten für die
198 Pflegebedürftigen überschaubar gedeckelt werden.

199 Wir garantieren zum zweiten: Die Pflegeversicherung übernimmt in Zukunft alle
200 darüber hinaus gehenden pflegerischen Kosten für eine bedarfsgerechte
201 Versorgung. Damit wollen wir erreichen, dass in Zukunft alle Pflegebedürftigen
202 die für sie notwendigen, am konkreten Bedarf orientierten Pflegeleistungen
203 erhalten – wir wollen damit die Unterversorgung, die insbesondere bei der
204 häuslichen Pflege vorkommen kann, beseitigen.

205 Ergänzend wollen wir die Pflege- und die Krankenversicherung zu einer
206 Bürgerversicherung weiterentwickeln. Wir wollen, dass sich alle an der
207 solidarischen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekosten beteiligen und
208 vielen, die heute nicht Mitglied der gesetzlichen Sozialversicherung werden
209 können, diese Möglichkeit zu fairen Bedingungen eröffnen.

210 Selbstbestimmt Leben im Quartier

211 Wir GRÜNE wollen die Selbstbestimmung von Pflegebedürftigen fördern. Die meisten
212 Menschen wollen zu Hause oder zumindest in ihrem angestammten Umfeld wohnen
213 bleiben und ambulante Pflege in Anspruch nehmen. Deshalb wollen wir in der
214 Pflegepolitik weg von Großeinrichtungen hin zu Wohn- und Pflegeformen im
215 Lebensumfeld der Menschen. Dafür müssen die Kommunen und Kreise die
216 Pflegebedarfsplanung selbst in die Hand nehmen. Sie dürfen die Entwicklung der
217 (Pflege)Infrastruktur nicht dem freien Markt überlassen. Gleiches gilt für eine
218 altersgerechte Wohnungspolitik und innovative Wohnformen, die bezahlbares Wohnen
219 mit Pflegeangeboten kombinieren. Kommunen und Kreise müssen aktiv eine
220 generationengerechte, integrierte Quartiersentwicklung im Zusammenspiel mit
221 örtlichen Wohnungsanbieter, (Infrastruktur-)Trägern und Zivilgesellschaft
222 planen, in denen Pflege und Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Einkaufen und
223 Dienstleistungen des täglichen Bedarfs für alle Generationen zugänglich sind.
224 Zur Unterstützung wollen wir wieder ein Landesförderprogramm für die soziale
225 Quartiersentwicklung in den Kommunen und Kreisen auflegen. CDU und FDP hatten
226 diese Förderung abgeschafft. Wir wollen die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung
227 in den Quartieren langfristig schützen. Die Kommunen müssen dafür die
228 Möglichkeiten des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten nutzen. Zudem sollen
229 Auflagen für Investoren bezüglich sozialverträglicher Sanierungen und des
230 Erhalts von Mietwohnungen definiert werden.“

231 Wer Unterstützung im Alltag braucht oder Pflege benötigt, braucht kurze Wege und
232 eine abgestimmte Gesundheitsförderung und -versorgung „aus einem Guss“. Hierfür

233 gibt es bereits Vorbilder wie das Zukunftsdorf Legden, in dem alle Präventions-
234 und Gesundheitsdienstleistungen barrierefrei im Ortskern zu erreichen sind. Wir
235 GRÜNE wollen, dass überall in NRW Arztpraxen, Krankenhäuser, Pflegedienste und -
236 einrichtungen im Quartier besser zusammenarbeiten und gebündelt werden. Über
237 Angebote zur Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie
238 Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir eine Pflege und
239 Unterstützung rund um die Uhr. Wir setzen auf Alternativen zum klassischen Heim
240 wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege, Mehrgenerationenwohnen
241 und „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung („Bielefelder
242 Modell“) oder Modelle wie „Wohnen für Hilfe“. Wichtig ist ein Pflege- und
243 Hilfemix aus professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und
244 Nachbarschaften im Quartier.

245 Darüber hinaus haben auch die klassischen stationären Pflegeheime immer noch
246 eine große Bedeutung für die Sicherung eines umfassenden Pflegeangebots vor Ort.
247 Viele Einrichtungen müssen sich aber zeitgemäß modernisieren, um
248 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: durchgängig Einzelzimmer, Öffnung zum
249 Quartier als Begegnungszentrum für die Bewohner*innen, Vereine und Initiativen
250 im Stadtteil, bis hin zur Umwandlung zu Wohnanlagen für alle Generationen. Wir
251 GRÜNEN wollen die Träger bei diesen Umgestaltungsprozess der bestehenden
252 Einrichtungen unterstützen und für eine Neuorientierung ambulante Wohn- und
253 Pflegeformen gewinnen.

254 Selbstbestimmtes Wohnen im Quartier muss auch für Menschen in besonderen
255 Lebenslagen ermöglicht werden. So können für ehemals wohnungslose Menschen mit
256 Pflegebedarf oder einer psychischen Erkrankung neuen Angebote zum
257 selbstbestimmten Wohnen aufgebaut werden, wie es bei dem Projekt 60+ York-Höfe
258 in Münster gelungen ist. Diese Angebote wollen wir in den kommenden Jahren in
259 NRW weiter ausbauen. Die Lebenserwartung älterer Menschen mit lebenslanger
260 Behinderung insbesondere in der Altersgruppe 60 plus wird sich in den nächsten
261 20 Jahren erheblich erhöhen. Die Angebote für ältere Menschen mit
262 Beeinträchtigungen, insbesondere ambulante Wohnformen müssen gestärkt und
263 Probleme aufgrund von unterschiedlichen Zuständigkeiten für Eingliederungshilfe
264 und Altenhilfe überwunden werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der
265 flächendeckende Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes insbesondere an ambulant
266 unterstützende Wohnformen und Tagesangebote in NRW konsequent umgesetzt wird.

267 Verbindliche Pflegebedarfsplanung in den Kommunen und Kreisen umsetzen

268 Viele Kommunen verfolgen bereits das Ziel, die Quartiere so auszugestalten, dass
269 die notwendige Unterstützung gewährleistet ist, die der einzelne Mensch
270 benötigt, um so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit ein
271 selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies entspricht auch dem Wunsch des Großteils
272 der Pflegebedürftigen. Allerdings ist der finanzielle Rahmen für den
273 Landesförderplan Alter und Pflege von der CDU/FDP Landesregierung in den letzten
274 Jahren erheblich gekürzt worden. Förderprojekte, die die ehrenamtliche wie auch
275 professionelle Quartiersarbeit unterstützen, wurden nach und nach gestrichen.
276 Eine dringend notwendige Integration von Stadtteil-, Wohn- und Pflegeentwicklung
277 fehlt.

278 Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Entwicklung der Pflegeinfrastruktur
279 wieder dem freien Markt und den Interessen der Investoren überlassen. So hat sie
280 den Vorrang ambulanter Wohn- und Pflegeformen gestrichen. Sie will, dass wieder

281 neue Großeinrichtungen geplant werden, obwohl bereits viele Kommunen den
282 innovativen und menschenorientierten Weg hin zu Quartierskonzepten verfolgen.

283 Viele Kommunen und Kreise haben in NRW bereits die verbindliche
284 Pflegebedarfsplanung eingeführt. Hier bleibt unsere Erwartung, dass diese
285 weiterhin auf den vorrangigen Ausbau von ambulanten Wohn- und Pflegeformen
286 setzen, so wie es auch im SGB XI vorgesehen ist. Zugleich setzen wir uns dafür
287 ein, dass möglichst alle Kommunen und Kreise die Möglichkeit der verbindlichen
288 Pflegebedarfsplanung ergreifen.

289 Quartiere für die Bedarfe aller Generationen gestalten

290 Wohnquartiere sind nicht nur für Menschen im Alter wichtig, sie müssen auf alle
291 Generationen und auf das gedeihliche Zusammenleben zwischen den Generationen
292 ausgerichtet sein: Singles wie Familien finden hier Unterstützungs- und
293 Beratungsangebote. Das Quartier ist so gestaltet, dass Kinder überall spielen
294 können, sicher und frei. Jugendliche finden hier Frei- und Gestaltungsräume. Im
295 Zentrum des Quartiers stehe Orte der Kommunikation, wie z. B. Stadtteilzentren,
296 Quartiersstützpunkte, Nachbarschaftstreffs und einladende öffentliche Plätze.
297 Sie ermöglichen Kontakt und Kommunikation, lassen die Gemeinschaft positiv
298 erleben und stärken die Identifikation mit dem und das Miteinander im Quartier.

299 Bauen und Wohnen – gemeinnützig und barrierefrei!

300 Wer lebenswerte Quartiere möchte, muss die Stadtentwicklung aktiv in die Hand
301 nehmen. Wenn wir sie dem freien Markt überlassen, entstehen bloß einzelne Wohn-
302 und Geschäftseinheiten, und keine zusammenhängenden Stadtquartiere, die als
303 Ganzes funktionieren.

304 Wir GRÜNE treten ein für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, zu der eine
305 behutsame Bestandsentwicklungspolitik gehört. Ein größerer Anteil von Grund und
306 Boden in unseren Städten und Gemeinden muss wieder in öffentlicher Hand sein,
307 damit Städte und Gemeinden die Stadtentwicklung überhaupt gestalten und steuern
308 können. Mit einem Vorkaufsrecht für Kommunen stellen wir das sicher. Bauflächen
309 sollen von der öffentlichen Hand nicht mehr verkauft, sondern langfristig
310 verpachtet werden (Erbbaurecht). Den Zuschlag soll nicht der Meistbietende
311 erhalten, sondern über eine Konzeptvergabe nach Qualitätskriterien erfolgen.
312 Hiermit können soziale, ökologische, gemeinschaftliche und inklusive
313 Wohnprojekte und genossenschaftliche Wohnformen gestärkt werden. Wir brauchen
314 feste Quoten für sozial geförderten, qualitätvollen und langfristig sozial
315 gebundenen Wohnraum. Gleichzeitig brauchen wir eine Stärkung der kommunalen
316 Wohnungsunternehmen, die nicht zuletzt auch eine wichtige Rolle dabei spielen,
317 für Menschen in besonderen Lebenslagen Wohnraum zu ermöglichen. Selbstbestimmt
318 Wohnen im Alter - alleine oder in Wohn- oder Hausgemeinschaften darf nicht vom
319 Geldbeutel abhängen sondern muss für alle ermöglicht werden. Auch deshalb muss
320 der sog. Kostenvorbehalt bei Leistungen der Eingliederungshilfe wie auch bei der
321 „Hilfe zur Pflege“ (§ 13 SGB XII) bei ambulanten Wohnformen gegenüber einer
322 stationären aufgehoben werden.

323 In NRW gibt es kein ausreichendes Angebot an barrierefreien und bezahlbaren
324 Wohnraum. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat klare Vorgaben hierfür
325 gestrichen. Viele Menschen, die selbstständig leben wollen, sind bislang
326 gezwungen in Sondereinrichtungen oder völlig ungeeigneten Wohnungen zu leben. Es
327 fehlen etwa 600.000 geeignete barrierefreie Wohnungen. Von diesem

328 Wohnungsnotstand sind auch die Menschen betroffen, die noch in Heimen wohnen,
329 aber lieber selbstständig im Betreuten Wohnen oder „selbständigen Wohnen mit
330 Assistenz“ leben wollen. Die Schaffung eines bedarfsgerechten und bezahlbaren
331 Angebotes an barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnraum muss daher eine
332 zentrale Aufgabe sein.

333 Im Alter mobil

334 Gerade im ländlichen Raum und am Stadtrand sind Menschen mit Einschränkungen
335 häufig auf ein Auto angewiesen – wer dies nicht mehr nutzen kann oder möchte,
336 ist stark eingeschränkt. Doch auch in der Stadt können Barrieren schnell dazu
337 führen, dass ältere Menschen immer seltener das Haus verlassen. Das erschwert
338 ihnen zum einen den Zugang zu Präventions- und Gesundheitsleistungen und zur
339 Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs. Zum anderen aber verhindert es
340 kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und die selbstbestimmte Gestaltung der
341 Freizeit. Unser Ziel ist, Mobilitätshemmnisse konsequent abzubauen. Wir setzen
342 uns deshalb dafür ein, den altersgerechten und barrierefreien Ausbau des ÖPNV
343 voranzutreiben. Zudem wollen wir Kommunen ermuntern und dabei unterstützen,
344 weitere alternative Verkehrsangebote wie Mitfahrer*innenbänke und
345 Bürger*innenbusse zu prüfen und zu entwickeln und internetbasierte,
346 generationengerechte Informationsportale zu fördern, die alle etablierten
347 Mobilitäts- und Serviceangebote vor Ort beinhalten. Für den Freizeitbereich
348 wollen wir Initiativen wie „Radeln ohne Alter“ unterstützen, bei der mit E-
349 Rikschas Menschen aus stationären Pflegeeinrichtungen von Ehrenamtlichen
350 abgeholt und gefahren werden. Schließlich bedarf es auch einer
351 Wohnumfeldgestaltung die Menschen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,
352 unterstützt.

353 354 Möglichkeiten neuer Technologien für ein selbstbestimmtes Leben nutzen

355
356 Digitale Anwendungen sowie die Implementierung und Verbreitung
357 alltagsunterstützender Techniken und die Generierung neuer Technologien kann die
358 Selbstständigkeit und Sicherheit von pflegebedürftigen Menschen gewährleisten
359 und mehr Selbstbestimmung eröffnen. Gerade wohnort- und quartiersnahe
360 Versorgungssettings ermöglichen pflegebedürftigen Menschen ein Verbleiben in
361 ihrer gewohnten Häuslichkeit und sichern soziale Bezüge. Ein besonderes
362 Augenmerk verdient auch die Unterstützung von pflegenden Angehörigen.
363 Digitalisierung darf allerdings nicht zum Selbstzweck werden, sie sollte nur
364 dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich die Versorgung und die Unterstützung
365 der Menschen zu selbstbestimmten Leben verbessert und die Arbeit erleichtert.
366 Der mögliche Gebrauch von fortgeschrittener Technologie wie Pflegerobotern,
367 hängt letztendlich ab von Qualität und Kosten der Technologie, von deren
368 sozialen und politischen Akzeptanz sowie die Möglichkeiten diese Innovationen
369 auch einzusetzen. Um diese neue Form von Dienstleistung angemessen beurteilen zu
370 können, sollten auch neue Standards definiert werden.

Beschluss Europas versprechen einlösen - Europamainstreaming für den Landesverband Bündnis 90/Die Grünen NRW

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Zur Europawahl 2019 traten wir an, Europas Versprechen zu erneuern. Und am 26.
2 Mai 2019 haben wir gezeigt, dass in einer komplexen Welt Populismus und
3 Nationalismus keine Probleme lösen, sondern neue schaffen. Unser bisher
4 stärkstes Wahlergebnis von 23,2 % in NRW ist ein Auftrag für die nächsten 5
5 Jahren, den Erwartungen und der Verantwortung, die an uns als die Europapartei
6 gestellt werden, gerecht zu werden. Die Wahl hat mit Blick auf die Beteiligung
7 der Bürger*innen gezeigt, dass Europa ein Thema ist, das die Menschen bewegt.
8 Und die Wahl hat gezeigt, dass mit einem pro-europäischen Kurs diese Wahl in
9 Deutschland zu gewinnen ist.

10
11
12 Für uns ist Europa ein wichtiges Querschnittsthema. Wir tragen auf allen
13 politischen Ebenen zum Gelingen der Europäischen Union bei und dringen auf eine
14 sozial-ökologische Politik und mehr Demokratie in Europa. Wir möchten eine
15 größere Sichtbarkeit von Europapolitik und internationaler Politik erreichen.
16 Lasst uns deshalb die Europäische Ebene in unserem Landesverband, in den Kreis-
17 und Ortsverbänden programmatisch und strukturell stets mitdenken. Lasst uns den
18 Drive aus dem Europawahlkampf in die kommenden Kommunalwahlen mitnehmen und die
19 kommunale Ebene mit der europäischen Ebene zusammenbringen.
20 Wir wollen die bestehenden Initiativen und Ansätze der Grünen NRW vertiefen und
21 arbeiten dabei eng mit der grünen Landesgruppe im Europaparlament zusammen

22
23 Größere Sichtbarkeit für Europapolitik, EGP & Europaabgeordnete

- 24 • Wir machen Europäische Grüne bei Parteitagen und Veranstaltungen
25 sichtbar und fördern den Austausch von Erfahrungen
- 26 • Die deutsche Ratspräsidentschaft wird im kommenden Jahr besondere
27 Aufmerksamkeit für Europapolitik schaffen. Wir wollen sie nutzen, um die
28 Bundesregierung damit europapolitisch anzutreiben. In Deutschland
29 stattfindende informellen Räte bieten dafür einen guten Anlass für
30 Veranstaltungen. Der Landesverband unterstützt bei der Mobilisierung zu
31 solchen Veranstaltungen.
- 32 • Der Landesverband organisiert 2021 gemeinsam mit der NRW-Landesgruppe eine
33 Brüssel-Exkursion für parteiinterne Multiplikator*innen wie KV-Vorstände
34 und KV-Geschäftsführende
- 35 • Mit unserer deutlich vergrößerten NRW-Landesgruppe im Europaparlament
36 wächst auch das Angebot an Veranstaltungen mit Europabezug hier in NRW

37 sowie die Ansprechbarkeit, z.B. durch Stände oder Sprechstunden während
38 der LDK.

- 39 • Europa wächst von unten: Die Wahlkreisbüros der Europaabgeordneten können
40 wie nie zuvor für europapolitische grüne Präsenz in der Fläche genutzt
41 werden. Die Europaabgeordneten können in den Kommunen auch medial für mehr
42 Präsenz relevanter EU-Themen sorgen

43 Mit unseren europäische Schwesterparteien zusammenarbeiten und unterstützen

- 44 • Wir wollen die Kultur der Partnerschaften zwischen Kreisverbänden mit
45 Parteistrukturen unserer Schwesterparteien intensivieren nsbesondere in
46 den Grenzregionen zu den Niederlanden, Belgien un Luxemburg) Die LAG
47 Europa bereitet eine Handreichung zu Anbahnung solcher Partnerschaften
48 vor, der Landesverband stellt diese den KVen zur Verfügung.
- 49 • Wir begrüßen die Diskussionen im Bundesverband um ein "Grünes Erasmus-
50 Programm". Junge Europäer*innen, die sich bei Grünen Parteien oder
51 befreundeten Organisationen engagieren, sollen dabei unterstützt werden
52 bei Grünen Schwesterparteien Erfahrungen zu sammeln und damit den
53 Austausch zwischen den Parteien grundlegend zu stärken. Die GRÜNEN NRW und
54 die NRW-Europagruppe werden ein Grünes Erasmus-Programm nach Kräften
55 unterstützen

56 Starke Strukturen für Europa- und internationale Politik im Landesverband

- 57 • Die Sprecher*innen der Landesgruppe im Europaparlament sind beratende
58 Mitglieder des Landesvorstands. Für die europapolitische Koordination
59 sorgen die Landesvorsitzenden in Abstimmung mit den Sprecher*innen der
60 Landesgruppe.
- 61 • Wir wollen mehr Europa in die Partei bringen, indem wir dafür werben, in
62 den KV-Vorständen Zuständigkeiten für Europa zu vergeben. Diese
63 Zuständigen werden mit einem Mailverteiler des Bundesverbandes
64 untereinander und mit der Europa- und Bundesebene sowie den EGP-
65 Delegierten vernetzt.

Beschluss Einsatz einer Antragskommission zur Landesdelegiertenkonferenz 2020

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Der Landesvorstand wird aufgefordert eine Antragskommission für die folgende
- 2 Landesdelegiertenkonferenz (LDK) einzusetzen. Diese soll die Behandlung der
- 3 Tagesordnungspunkte in Zusammenarbeit mit den Antragsteller*innen vorbereiten.
- 4 Ihre Empfehlungen bilden die Grundlage des Abstimmungsverfahrens.
- 5 Die Antragskommission soll aus sechs Personen bestehen. Das Frauenstatut findet
- 6 entsprechend Anwendung. Bei der Besetzung soll der Landesvorstand neben der
- 7 Arbeitsfähigkeit auch auf die Ausgewogenheit von Ebenen, Rollen und Perspektiven
- 8 beachten.
- 9 Die so eingesetzte Kommission soll ihre Arbeit bis zur LDK bereits aufnehmen und
- 10 soll zu Beginn der LDK durch diese bestätigt werden.

Beschluss NRW kann es besser: Kohleausstieg und Energiewende konsequent anpacken

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 **NRW kann es besser: Kohleausstieg und** 2 **Energiewende konsequent anpacken**

3 2019 war leider wieder ein verlorenes Jahr für die Energiewende und den
4 Klimaschutz in NRW:

- 5 • Die Ausbautzahlen für die Windenergie brachen ein, die Zukunftsbrache ist
6 in Deutschland gegen den globalen Trend mit Massenentlassungen und
7 Insolvenzen konfrontiert.
- 8 • Das Klimapäckchen der Bundesregierung stellt bei weitem nicht die
9 notwendigen Weichen zum Erreichen der Klimaschutzziele, auch wenn es
10 Grünen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gelungen ist,
11 substantielle Verbesserungen vor allem beim CO₂-Preis durchzusetzen.
- 12 • Und zuletzt brauchte die Bundesregierung nach dem Vorschlag der
13 Kohlekommission ein ganzes Jahr, um einen Gesetzentwurf für einen
14 Kohleausstieg vorzulegen.

15 Auch wenn die Kritik zu recht überwiegt - dass wir heute überhaupt einen CO₂-
16 Preis bekommen werden und ein Kohleausstiegsgesetz vorliegt, ist erst mal Erfolg
17 der Klimaschutzbewegung. Erst die Massenproteste im Hambacher Wald, dann die
18 FFF-Bewegung, die hunderttausende Menschen auch in Deutschland auf die Straße
19 gebracht hat: die Bundesregierung wurde so unter Druck gesetzt, dass sie ihrer
20 Blockadehaltung beim überfälligen Kohleausstieg aufgeben musste. Auch wenn das
21 aktuelle Gesetz weit davon entfernt ist, die Klimaschutzziele zu erreichen und
22 etliche fatale Fehlstellungen enthält, ist es dennoch der überfällige Einstieg
23 in den Ausstieg. Den gilt es jetzt zu verbessern.

24 Denn das, was die Bundesregierung nun nach dem langen Warten vorgelegt hat, ist
25 alles andere als eine 1:1 Umsetzung der Empfehlungen der Kohlekommission. An
26 entscheidenden Stellen weicht das Gesetz, an dem auch die NRW-Landesregierung
27 mitarbeitete, von den Empfehlungen deutlich ab. Noch weniger ist es geeignet,
28 den deutschen Anteil an der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels darzustellen.

29 Ministerpräsident Armin Laschet feiert den NRW-Beitrag zum Kohleausstieg als
30 besonders groß. Fakt aber ist: Er hat sich auf Bundesebene dafür eingesetzt,
31 dass zu Beginn des Ausstiegs erst noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz geht
32 und Tagebaue ohne Berücksichtigung der veränderten energiewirtschaftlichen
33 Bedingungen für energiewirtschaftlich notwendig erklärt werden. Statt den
34 anstehenden Kohleausstieg und Strukturwandel als Chance zu begreifen und
35 Verantwortung beim Klimaschutz zu übernehmen, macht sich Ministerpräsident
36 Laschet für Kohleunternehmen stark. Mit dem Kohleausstiegsgesetz verschenken

37 Bundes- und Landesregierung die Chance, den in der Kohlekommission mühsam
38 erarbeiteten und gefundenen Kompromiss umzusetzen. Sie brechen damit auch hier
39 in NRW wieder den Konflikt um die Kohle auf, anstatt dazu beizutragen, ihn zu
40 beenden. Wir unterstützen die Klimabewegung in ihrem friedlichen Protest und
41 fordern alle Beteiligten auf, weiterhin friedlich zu agieren.

42 Aus unserem Bundesland stammen ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen. Das
43 bringt die Verantwortung mit sich, den Strukturwandel und Kohleausstieg aktiv
44 voranzutreiben und mitzugestalten, z.B. indem das Rheinische Revier in eine
45 klimafreundliche Region verwandelt wird. Mit der Erzählung, NRW würde für den
46 Kohleausstieg besonders große Opfer bringen, zeigt die Landesregierung, dass sie
47 keine Vorstellung davon hat, welches Potenzial und welche Innovationskraft in
48 NRW steckt. Jetzt gilt es die Chance dieses Wandels zu ergreifen, den Ausbau der
49 Erneuerbaren Energie voranzutreiben und den grünen Wandel in NRW zu gestalten.
50 NRW, mit seiner Geschichte im Rheinischen Revier, dem Ruhrgebiet, Westfalen und
51 den Orten der Produktionsweise der "alten Zeit", hat die Chance die erste
52 klimaneutrale Region Europas zu werden.

53 ALLE DÖRFER MÜSSEN BLEIBEN

54 Nicht nur für neue Kohlekraftwerke scheint sich die Landesregierung NRW in
55 Berlin stark gemacht zu haben. Als einziger Tagebau wird Garzweiler II im
56 Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes der Bundesregierung explizit genannt und ihm
57 eine energiewirtschaftliche Notwendigkeit bescheinigt – ohne, dass Gutachten
58 unter Berücksichtigung des Kohleausstiegs das festgestellt hätten. Es fehlt der
59 Beleg für diese Festschreibung. Ministerpräsident Laschet lässt sich damit
60 Abriss und Umsiedlung der Dörfer am Tagebau per Bundesgesetz festschreiben,
61 statt für die Menschen vor Ort zu kämpfen. Wir Grüne sind weiterhin davon
62 überzeugt, dass bei einer 1:1 Umsetzung des Kohlekompromisses die Dörfer und der
63 Hambacher Wald gerettet werden können. Die aus wirtschaftlichen Gründen
64 vorgezogene Abschaltung des Kraftwerks Weisweiler und die Beendigung des
65 Tagebaus Inden dürfen nicht dazu führen, dass Kraftwerksblöcke in Neurath und
66 Niederaußem länger betrieben werden und dafür eine stärkere Auskohlung des
67 Tagebaus Garzweiler sowie Zwangsumsiedlungen der Dörfer in Kauf genommen werden.
68 Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, Verantwortung zu übernehmen und den
69 Menschen in den Dörfern an den Tagebauen eine Perspektive zu bieten. Die nun zu
70 erarbeitende neue Leitentscheidung muss den Erhalt aller Dörfer beinhalten.

71 #HAMBIBLEIBT - MEHR ALS EIN INSELWALD

72 Ein großer Erfolg für die Klima- und Umweltbewegung ist der angekündigte Erhalt
73 des Hambacher Waldes. Der Erhalt des Waldes muss jetzt auch rechtlich durch die
74 neue Leitentscheidung abgesichert werden. Der Erhalt des Waldes ist aber
75 keinesfalls ein „Geschenk“ an die Bewegung, mit welchem die Zustimmung zu einem
76 völlig unzureichenden Kohleausstiegsgesetz erkauf werden könnte.

77 Der Hambacher Wald braucht jetzt eine echte Perspektive, damit er mehr wird als
78 eine bewaldete Halbinsel in zerstörter Landschaft. Wir wollen, dass der
79 Hambacher Wald Herzstück eines neuen Biotopverbundsystems im Rheinischen Revier
80 wird, verbunden mit den Waldflächen im Umkreis und den rekultivierten

81 Tagebauflächen. Dafür muss der Hambacher Wald als Eigentum einer
82 Naturschutzstiftung dauerhaft gesichert werden.

83 DATTELN IV DARF NICHT ANS NETZ GEHEN

84 Fast abstrus ist es, dass der Kohleausstieg mit der Inbetriebnahme eines neuen
85 Steinkohlekraftwerks in Nordrhein-Westfalen beginnen soll – das ist das völlig
86 falsche Signal. Datteln IV wäre das letzte neue Kohlekraftwerk, das in
87 Westeuropa noch ans Netz geht. Anstatt auf Strom aus Erneuerbaren Energien zu
88 setzen, zementiert die Landesregierung mit ihrem Einsatz für das Kraftwerk, dass
89 sie nur schwer von der Kohle lassen kann.

90 Mit ihrer Entscheidung widerspricht die Bundesregierung ausdrücklich den
91 Empfehlungen der Kohlekommission, eine Verhandlungslösung zu finden, um noch
92 nicht im Betrieb befindliche Kraftwerke nicht ans Netz zu nehmen. Armin Laschet
93 hat kräftig mitgewirkt, eine solche Verhandlungslösung zu verhindern, indem er
94 öffentlich die Höhe von immensen 1,5 Mrd. Euro Entschädigungssumme an den
95 Betreiber Uniper nannte. Eine Summe, die in dieser Höhe gar nicht mehr im Ansatz
96 den Wert des Kraftwerks für Uniper widerspiegelt. Datteln IV ist Symbol des
97 Einknickens der Landesregierung gegenüber dem Gewinninteresse eines Konzerns,
98 dessen Geschäftsmodell der Vergangenheit angehört.

99 Nicht nur die Emissionen von Datteln IV sind eine Belastung für Klima, Umwelt
100 und Menschen, sondern auch der Abbau der für Datteln IV benötigten Steinkohle,
101 die unter katastrophalen Abbaubedingungen in den Lieferländern gewonnen wird,
102 unter anderem in Russland. Für die billige Kohle bezahlen die Menschen dort mit
103 ihrer Gesundheit, werden Menschenrechte missachtet, wird Trinkwasser verseucht
104 und Raubbau an der Natur betrieben. Politik, Unternehmen und Beschäftigte hier
105 in NRW sind gemeinsam den richtigen Weg gegangen, Ende 2018 aus dem
106 Steinkohlebergbau auszusteigen, weil er keine Zukunft mehr hatte. Jetzt noch
107 jahrzehntelang Blutkohle aus dem Ausland zu importieren, ist genau die falsche
108 Konsequenz aus diesem Ausstieg. Wir fordern: Datteln IV darf nicht ans Netz. Mit
109 Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze wollen wir das Ruhrgebiet stärken.

110 DER AUSSTIEG DARF NICHT AUFGEBSCHOBEN WERDEN

111 Statt wie von der Kohlekommission empfohlen, sowohl Stein- als auch
112 Braunkohlekraftwerke stetig abzuschalten, hat die Bundesregierung das Abschalten
113 von Braunkohlekraftwerksblöcken auf das Ende unseres Jahrzehnts bzw. in die
114 2030er Jahre verschoben. Das führt zu erheblich mehr Emissionen und lässt es
115 noch unwahrscheinlicher werden, dass Deutschland die Pariser Klimaziele
116 erreicht. Der Klimaschutz erfordert ein schnelleres Abschalten. Denn jede Tonne
117 CO₂ die nicht mehr freigesetzt wird, ist gut für den Klimaschutz. Damit kündigt
118 die Bundesregierung den mühsam gefundenen Kohlekompromiss auf. Wir fordern
119 mindestens die 1:1 Umsetzung der Empfehlungen der Kohlekommission. Klar ist
120 aber auch: Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, brauchen wir einen stetigen und
121 schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle.

122 Kohleausstieg und Klimaschutz europäisch und global denken

123

124 Der Europäische Green Deal ist das tiefgreifendste Umwelt- und
125 Klimaschutzprogramm, das Europa je gesehen hat. Von Klimaschutz bis zur

126 Energiewende zeigt der Green Deal in die richtige Richtung. Europa soll bis 2050
127 der erste CO2-neutrale Kontinent werden. Die europäische Energiewende samt einem
128 europaweiten, sozialverträglichen Kohleausstieg befindet sich im Kern dieses
129 Programms. Der Green Deal macht klar: Damit der Ausstieg aus der Kohle und der
130 Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien gelingen, müssen wir in Europa
131 stärker als jemals zuvor zusammenarbeiten. Durch einen Ausbau der
132 grenzüberschreitenden Stromtrassen können wir beispielsweise Spitzen in der
133 Erzeugung erneuerbarer Energien dort zu unseren Nachbarn leiten, wo diese
134 gebraucht werden. Durch ein paneuropäisches Smart-Grid rücken wir nicht nur als
135 Europäer*innen näher zusammen, sondern machen uns auch unabhängiger von fossilen
136 Energieträgern. Wir wollen NRW zu einer europäischen Modellregion für die
137 Energiewende machen. In Sachen Kohleausstieg können wir uns ein Beispiel an
138 unseren Nachbarn nehmen. Frankreich, Schweden, Italien, Österreich und Irland
139 wollen bis 2025 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Unterstützung dieser
140 Ambitionen stellt die EU 7,5 Milliarden Euro für die vom Strukturwandel
141 betroffenen Regionen zur Verfügung. Das ist zu wenig für den europaweiten
142 Kohleausstieg. Während die Bundesregierung 4,35 Milliarden Euro Entschädigung an
143 RWE und LEAG zahlt - für Kraftwerke, die zum Teil kaum vor dem geplanten
144 Laufzeitende abgeschaltet werden sollen - blockiert sie in Brüssel ein höheres
145 EU-Budget. Ein höheres EU-Budget ist dringend notwendig für Gemeinsame
146 Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und einen gerechten Strukturwandel,
147 Digitalisierung, Erasmus und Forschung. Die NRW-Landesregierung ist gefordert,
148 sich in Berlin gegen diese Blockade einzusetzen. Wir erwarten sowohl von der
149 Landes-, als auch von der Bundesregierung, dass sie sich für zukunftsweisende
150 Investitionen und den Erfolg des Green Deal stark machen. Damit die europäische
151 Energiewende gelingt, braucht es mehr, nicht weniger ambitionierte Pläne. Nur
152 wenn das Geld dort ankommt, wo es dem Klimaschutz am meisten hilft und vor Ort
153 Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen sichert, kann ein sozialverträglicher,
154 europaweiter Kohleausstieg rechtzeitig zum Erreichen der Pariser Klimaziele
155 gelingen.

156 MEHR TEMPO BEI SONNE UND WIND

157 In den letzten Jahren haben schwarz-rote Bundesregierung und schwarz-gelbe
158 Landesregierung dafür gesorgt, dass die Energiewende sehenden Auges vor die Wand
159 gefahren wird. Wir erleben aktuell eine schleichende Deindustrialisierung bei
160 den Erneuerbaren Energien – nicht zuletzt wegen der Verhinderungspolitik der
161 schwarz-gelben Landesregierung bei der Windenergie in NRW, unnützen Diskussionen
162 zu Mindestabständen und dem fast erreichten Deckel bei der Solarförderung. Die
163 Landesregierung verschläft die Chance den Wandel in NRW zu gestalten und für
164 unser Industrieland eine Energieversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien
165 aufzubauen.

166 Wir brauchen jetzt eine Offensive für Erneuerbaren Energien. Gerade im
167 Rheinischen Revier gibt es noch ein großes Potenzial. Die Strukturmittel müssen
168 deshalb in klimafreundliche Projekte fließen. Wir brauchen einen Klimavorbehalt
169 und Mittel, um den Ausbau Erneuerbarer Energien zu unterstützen. Wenn NRW eine
170 Chance haben soll, von den Mitteln des europäischen Milliarden-Topfes „Just
171 Transition Fund“ zu profitieren, dann indem es die Mittel besonders ökologisch
172 konditioniert. Wir fordern deshalb die Rücknahme der hohen Abstandsregelungen
173 für Windenergieanlagen in NRW, bessere Beratung und eine Entbürokratisierung für

174 die Solarenergie in NRW sowie den Klimavorbehalt für Strukturmittel, die in NRW
175 eingesetzt werden.

Beschluss Umwelt und Natur konsequent schützen - Konzepte für eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung erarbeiten und grüne Umweltpolitik weiterentwickeln

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Wir GRÜNE NRW stehen seit 40 Jahren für den Schutz unserer natürlichen
2 Lebensgrundlagen. Keine andere Partei wird so stark mit konsequentem Umwelt- und
3 Naturschutz in Verbindung gebracht. Dabei entwickeln wir unsere Positionen immer
4 weiter, um starken Umwelt- und Naturschutz mit neuen Herausforderungen zu
5 vereinen. Das sind aktuell u.a.

- 6 • Vereinbarkeit von Naturschutz und Energiewende,
- 7 • eine Planungspolitik, die Flächen schont, statt sie zu betonieren,
- 8 • die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus der Infrastruktur, der aber
9 nicht auf Kosten von Beteiligungsmöglichkeiten oder Natur und Umwelt geht
- 10 • eine Umfassende Einhaltung des EU-Umwelt- und Naturschutzrechts

11 Ein Rechtsstaat funktioniert, wenn bestehende Gesetze und Verordnungen auch
12 durch- und umgesetzt werden. Im Umwelt- und Naturschutzrecht ist ein
13 bedenkliches Vollzugsdefizit zu beobachten, das insbesondere auf fehlende
14 Kapazitäten der Umweltverwaltungen zurückzuführen ist, sowohl auf Landesebene
15 als auch bei den Unteren Naturschutz-, Wasser- und Immissionsschutzbehörden auf
16 Ebene der Städte und Landkreise – aber auch in den Justizverfolgungsbehörden. So
17 werden allzu häufig Aufgaben und wichtige Kontrollfunktionen auf das Ehrenamt im
18 Naturschutz abgewälzt, die eigentlich durch die öffentliche Hand zu erfüllen
19 sind.

20 Vor dem Hintergrund der Bedeutung für die Glaubwürdigkeit und Lösungskompetenz
21 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bereich der gesamten Umweltpolitik wollen wir
22 Konzepte für eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung erarbeiten und
23 bestehende weiter entwickeln. Unser Anspruch ist es, die systematische
24 Schwächung der Umweltverwaltung zu beenden. Denn u.a. eine wirksame
25 Umweltverwaltung ist Grundlage für die Umsetzung umweltverträglicher
26 Politikkonzepte.

27
28 Daher beauftragt der Landesparteirat den Landesvorstand, gemeinsam mit der LAG
29 Ökologie, parteiinternen Expert*innen (u.a. weitere LAGen) und externen
30 Expert*innen, in einer Fachgruppe - unter Leitung eines/einer Landesvorsitzenden -
31 ein Konzept für eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung zu erarbeiten
32 und dieses bis Frühjahr 2021 in Form eines Berichtes vorzulegen. Dieser Bericht
33 soll Grundlage einer Beschlussfassung zu starker Umwelt- und Naturschutzpolitik
34 auf einer Landesdelegiertenkonferenz 2021 werden. Dabei sollen die Positionen
35 der GRÜNEN NRW in Richtung Landtagswahl 2022 weiterentwickelt und gestärkt
36 werden. Die konkrete Besetzung und Ausgestaltung der Fachgruppe nimmt der
37 Landesvorstand - in Rücksprache mit den Sprecher*innen der LAG Ökologie – vor.

Beschluss Stadt & Land – innovativ & digital: Grüne Strategien für Start-up-Kultur und Digitalisierung in den ländlichen Räumen

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Wir GRÜNE stehen für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen unseres
2 Landes. Doch diese Gleichwertigkeit ist bedroht. Der digitale Wandel kann diese
3 Spaltung sogar noch verschärfen, denn in einer digitalisierten Gesellschaft
4 werden sich das jahrzehntelange Versagen im Ausbau der digitalen Infrastruktur
5 und fehlende digitale Teilhabemöglichkeiten besonders bemerkbar machen. Deshalb
6 gilt für uns: niemand darf im Zeitalter der Digitalisierung abgehängt werden!

7 Damit die Chancen der Digitalisierung allen Menschen in NRW zugutekommen können,
8 müssen wir diesen Prozess politisch gestalten. Ob analog oder digital: die
9 Zukunft der Demokratie hängt auch davon ab, gleichwertige Lebensstandards im
10 ganzen Land zu gewährleisten. Der digitale Wandel bietet dabei enorme Chancen,
11 die wir für die Menschen in den ländlichen Regionen endlich nutzbar machen
12 wollen.

13 Der ländliche Raum hat für Start-ups viel zu bieten

14 Der ländliche Raum hat mehr zu bieten als bloße „Landlust“-Idylle. Er ist mit
15 seiner starken, mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur das Kraftzentrum
16 unseres Landes. Von den über 300 nordrhein-westfälischen Hidden Champions
17 verteilt sich ein Großteil auf den ländlichen Raum Süd- und Ostwestfalens sowie
18 das Münsterland. Die fünf größten von Ihnen haben allein einen Jahresumsatz von
19 mindestens 1 Milliarde Euro. Die über 700.000 Mittelständler bilden das
20 ökonomische Rückgrat Nordrhein-Westfalens. Gerade im ländlichen Raum ist der
21 Mittelstand aus Handwerk, Industrie und Handel breit vertreten. Die Statistik
22 zeigt, dass Gründungen im ländlichen Raum in der Regel nachhaltiger und
23 erfolgreicher sind.

24 Startups spielen eine entscheidende Rolle für die Zukunftsfähigkeit des
25 ländlichen Raums:

- 26 • Die wirtschaftliche Stärke des ländlichen Raums ergibt sich aus dem
27 starken Mittelstand, der aber durch die Digitalisierung unter Druck gerät.
28 Der Mittelstand ist geprägt auf Innovation – und ist grandios darin,
29 ausgereifte Produkte und Prozesse weiter zu verbessern. Der Mittelstand
30 ist aber nicht disruptiv. Die Kooperation mit Startups bringt den
31 Mittelstand auf Zukunftskurs.
- 32 • Startups schaffen im ländlichen Raum Arbeitsplätze für Hochqualifizierte.
33 Sie bieten gerade jungen Menschen eine Perspektive, nach einem Studium
34 zurück in die ländliche Heimat zu kommen.
- 35 • Die Startup-Kultur bietet nicht nur große wirtschaftliche Potenziale,
36 sondern liefert auch Impulse für die Orts- und Stadtentwicklung. Startups

37 bringen Coworking und neue Arbeitsmodelle sowie die Ortsgesellschaft
38 voran.

39 Wir GRÜNE sind überzeugt, dass wir unseren Planeten nur mit den Möglichkeiten
40 der Digitalisierung, Technologie und Innovationen lebenswert halten können. Wir
41 wollen digitale Wege aus der Klimakrise finden – und das ist eine Aufgabe, der
42 wir uns in allen Regionen gleichermaßen stellen.

43 Die Lösungen für die Probleme des ländlichen Raums sind digital

44 Der ländliche Raum weist Herausforderungen auf, die nicht vergleichbar sind mit
45 den Bedingungen in städtisch geprägten Regionen. Herausforderungen sind das
46 Fundament für Innovationen. Durch die spezifischen Bedingungen auf dem Land
47 lassen sich Konzepte und Ansätze aus urbanen Regionen nicht einfach übertragen.
48 Wir setzen uns hierbei besonders ein für eine Start-up-Kultur, die zum
49 ländlichen Raum passt. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat diese Chancen nicht
50 im Blick, sondern versucht, Konzepte aus den Städten 1:1 auf das Land zu
51 übertragen. So wird die digitale Transformation nicht gelingen!

52 Zu Recht erwartet der ländliche Raum politische Antworten auf die großen
53 Herausforderungen unserer Zeit. Die Digitalisierung ist dabei ein wichtiger
54 Schlüssel. So wird die Energiewende, die zu einem großen Teil im ländlichen Raum
55 stattfindet, nur digital gelingen. Die Verkehrswende darf kein Großstadtprojekt
56 sein, digitalbasierte Car- und Ridesharingmodelle und On-Demand-ÖPNV wollen wir
57 genauso auf dem Land verankern. Wir wollen attraktive Dorf- und Ortskerne
58 erhalten, indem wir Onlinehandel und stationären Einzelhandel zusammendenken.
59 Wir wollen den Pflegenotstand angehen, indem wir digitale Unterstützungssysteme
60 sowohl für die Beschäftigten als auch für die Pflegebedürftigen zu guten und
61 würdigen Bedingungen einsetzen. Wir wollen eine vielfältig strukturierte
62 Landwirtschaft, die Artenvielfalt und intakte Lebensräume schafft, und dabei
63 durch digitale Lösungen Pestizid- und Stickstoffeinträge reduziert und die
64 Ressourceneffizienz steigert.

65 Für ein Umdenken in der Wirtschaftsförderung

66 Echte Wirtschaftsförderung denkt längst nicht mehr nur an die Ausweisung
67 zusätzlicher Gewerbeflächen zulasten von Natur und Umwelt. Sie fördert gerade im
68 ländlichen Raum digitale, innovative Ideen und unterstützt Handwerk und
69 Industrie bei der Digitalisierung. Im ländlichen Raum stecken Startup-Kultur und
70 kreative Wirtschaftskluster oft noch in den Kinderschuhen. Dem wollen wir mit
71 einer Wertschätzungs- und Ermöglichungskultur für neue, unkonventionelle Ideen
72 entgegenwirken.

73 Den Kulturwandel zu forcieren ist eine knallharte politische Aufgabe. Für die
74 Etablierung einer ländlichen Digitalwirtschaft und eines Start-up-Ökosystems im
75 ländlichen Raum müssen die Wirtschaftsförderungen sich zum Teil völlig neu
76 erfinden. Wir wollen sie bei dieser Entwicklung unterstützen, damit sie Orte der
77 Inspiration und Begegnung von Kreativen und Innovativen im ländlichen Raum zu
78 schaffen. Diese sehen wir insbesondere in Gründerzentren und digitalen Hubs, die
79 in Kooperationen zwischen Wirtschaftsförderung, lokalen Unternehmen und
80 Hochschulen entstehen sollten.

81 Wir wollen Coworking im ländlichen Raum fördern. Durch Förderpolitik, aber auch
82 durch das Einplanen von Coworkingspaces bei der Dorf- und Stadtentwicklung

83 können wir hier neue Räume schaffen. Coworkingspaces reduzieren Pendelverkehre,
84 indem sie Arbeiten in der Nähe des Wohnorts ermöglichen und leisten so auch
85 einen Beitrag zum Klimaschutz. Wir stellen uns zudem mobile Coworkingspaces vor,
86 die – flankiert von einem Vernetzungs- und Eventprogramm – im Land für Coworking
87 werben.

88 Die kluge Vernetzung von Start-ups und etabliertem Mittelstand ist für uns eine
89 zentrale Säule der digitalen Transformation der Wirtschaft. In den ländlichen
90 Räumen wollen wir die Wirtschaftsförderungen zum zentralen Player bei dieser
91 Aufgabe entwickeln. Sie müssen aber auch Gründungswillige innerhalb und
92 außerhalb der Region gezielt ansprechen.

93 Nicht selten sind die Beschäftigten der Wirtschaftsförderungsgesellschaften
94 konzeptionell schon viel weiter als viele Kommunalpolitiker*innen in den
95 Aufsichtsgremien. Wir wollen mit starken Grünen ein Umdenken in der Politik
96 vorantreiben, um diejenigen zu unterstützen, die sich schon heute im Sinne einer
97 innovativen und ökologischen Wirtschaftsförderung auf den Weg machen.

98 Mittelstand-Up: Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und Start-ups fördern

99 Auch die Zusammenarbeit zwischen etablierten Mittelstand und innovativen Start-
100 ups bietet enormes Potenzial für beide Seiten: So können Start-ups von der
101 Erfahrung von schon länger am Markt tätigen KMU profitieren. Gleichzeitig bietet
102 sich für ältere KMU die Chance, durch neue Sicht- und Arbeitsweisen ihr
103 Geschäftsmodell zukunftsfähig zu halten.

104 Wir wollen den Mittelstand stärker bei der Entwicklung von Digitalstrategien
105 unterstützen, auch durch geeignete Förderprogramme. Hierfür muss das Volumen der
106 Innovations- und Digitalisierungsgutscheine ausgebaut werden, damit jedes KMU
107 mit entsprechendem Förderbedarf auch profitieren kann. Es darf nicht länger der
108 Fall eintreten, dass diese Mittel schon zur Jahresmitte aufgebraucht sind.

109 Finanzierungsmöglichkeiten für Start-up-Vorhaben verbessern und erleichtern

110 Laut „Deutscher Startup Monitor 2019“ wurden im Jahr 2019 rund 20,6 Prozent der
111 deutschen Start-ups in Nordrhein-Westfalen gegründet. Die Geschäftsmodelle und
112 Produkte der Start-ups sind innovativ und oft auch kostspielig in der
113 Entwicklung. Da diese häufig auf Marktnischen abzielen oder gar neue Märkte
114 schaffen, steigt mit dem Innovationsgrad auch häufig das Risiko für
115 Investorinnen und Investoren.

116 Daher sind, gerade in den ersten Gründungsphasen, in denen das Risiko für
117 Fremdkapitalgeber noch nicht überschaubar ist, eigene Ersparnisse, staatliche
118 Förderungen oder Familien und Freunde die häufigsten Finanzierungsquellen.

119 Venture Capital-Geber, Crowdfunding/Crowdinvestment oder Banken halten sich
120 gerade in diesen Gründungsphasen stark zurück, um die eigene Ausfallquote im
121 Falle eines Scheiterns zu reduzieren. Banken müssten zum Beispiel, um das
122 Finanzierungsrisiko für sich in Grenzen zu halten, einen sehr hohen
123 Risikoaufschlag in die Kreditzinsen einberechnen, was einen Bankkredit für
124 Gründerinnen und Gründer unattraktiv machen. Gerade in den ländlichen Regionen
125 Nordrhein-Westfalens sind die Wege zur nächsten Sparkasse oder Volksbank wohl
126 kürzer, als zum nächsten Investorennetzwerk. Daher wollen wir für die Sparkassen
127 und Volksbanken Möglichkeiten schaffen, sich im Rahmen ihres öffentlichen
128 Auftrags auch für diese neuen Märkte und Unternehmensphilosophien zu öffnen und

129 die damit verbundenen Impulse für die regionale und lokale Entwicklung
130 freizusetzen. Eine Möglichkeit ist aus unserer Sicht, dass sie sich direkt mit
131 Eigenkapital an Start-ups beteiligen können.

132 Das Start-up Barometer Januar 2020 von EY zeigt, dass lediglich rund 4 Prozent
133 der 6,2 Mrd. Euro Risikokapital in Start-ups aus Nordrhein-Westfalen geflossen
134 sind. Das ist aus unserer Sicht zu wenig. Hier muss die Politik entsprechende
135 Angebote bereitstellen. Wir wollen existierende Ansätze wie die von der NRW.Bank
136 kofinanzierten regionalen Seed-Fonds landesweit und damit gerade in den ländlich
137 geprägten Regionen aufbauen und mit mehr Kapital hinterlegen. Zudem wollen wir
138 sie strukturell so weiterentwickeln, dass sie weg von Spitzenfinanzierung kommen
139 und mehr Startups durch sie gefördert werden können.

140 Wir wollen das Gründerstipendium des Landes NRW weiterentwickeln und stärker an
141 der Lebenswirklichkeit von Gründerinnen und Gründern orientieren. So könnten zum
142 Beispiel Gründerinnen und Gründer mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen
143 einen weiteren Zuschuss unterstützt werden. Deshalb wollen wir eine
144 Anschlussfinanzierung in Form eines Darlehnsprogrammes des Landes etablieren,
145 bei dem erst dann zurückgezahlt werden muss, sobald mit dem Geschäftsmodell
146 Gewinn erzielt wird. Darüber hinaus wollen wir die Kapitalbasis der bestehenden
147 Mikro-Mezzanine-Fonds stärken und das steuerliche Anreizsystem für Crowdfunding
148 und Crowdfinanzierung stärken.

149 Mit Gründungsschmieden die Wissenschaft aufs Land bringen

150 Die ländlichen Räume haben den großen Vorteil dezentraler Standorte der
151 Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen. Durch die starke
152 Anwendungsorientierung, die in den letzten Jahren enorm gestiegene
153 Forschungsleistung und die Nähe zur mittelständischen Wirtschaft sind diese
154 Hochschulen die Keimzelle für eine neue Gründungswelle in den ländlichen Räumen.

155 NRW verfügt bereits heute über ein dichtes Netz von FH-Standorten bzw.
156 Studienorten im ländlichen Raum. Wir wollen gerade in ländlichen Regionen die
157 Offenheit und Kooperation zwischen Wissenschaft, lokaler und regionaler
158 Wirtschaft und der Zivilgesellschaft vorantreiben. Dafür wollen wir
159 Gründungsschmieden schaffen. Darunter verstehen wir verknüpfte Gründungszentren,
160 die gemeinsam von regionalen Akteurinnen und Akteuren getragen werden. Sie
161 sollten angebunden sein an die regionale Wissenschaft. Unser Ziel ist, den
162 Gründungsgedanken schon früh bei Studierenden zu verankern. Die
163 Gründungsschmieden sollen im intensiven Austausch mit den örtlichen Unternehmen
164 den Bedarf der örtlichen Wirtschaft identifizieren und ihre Anforderungen
165 frühzeitig an die Hochschulen transportieren, die ihrerseits Gründungspotenziale
166 bei ihren Studierenden wecken können mit dem Ziel, direkt aus den Hochschulen
167 Unternehmen auszugründen.

168 Sowohl Hochschulen als auch Unternehmen könnten Büro- und Laborkapazitäten in
169 diese Kooperation einbringen und so Innovationsräume und Netzwerkmöglichkeiten
170 unter Gleichgesinnten schaffen. Die Kapitalstärke des Mittelstands wirkt dabei
171 als zusätzlicher Anreiz für die Gründung vor Ort. Etablierte Unternehmerinnen
172 und Unternehmer können zudem professionelle Unterstützung und Mentoring im
173 Gründungsprozess bieten, das angepasst auf Spezifitäten des ländlichen Raums
174 ist. Die Gründungsschmieden selbst bieten hierbei durch kreative Veranstaltungs-
175 und Präsentationsformate Anknüpfungspunkte und Anreize für die Start-up-Szene.

176 Aber auch außerhalb der Hochschulen gibt es noch viele ungenutzte Potenziale.
177 Wir wollen den Gründungsgedanken schon bei den Schüler*innen verankern, damit
178 sie nach dem Studium zurückkommen und ihr Unternehmen in ihrer ländlichen Heimat
179 gründen. Öffentliche Bibliotheken könnten um Maker Spaces und FabLabs ergänzt
180 werden, um weitere Infrastrukturen für Innovation im ländlichen Raum zu bieten.

181 Innovation in der Wirtschaft muss auch Frauensache werden

182 Das Start-up-Ökosystem ist männlich dominiert. Laut dem Female Founders Monitor
183 2019 sind nur 15,1 Prozent der Gründer*innen weiblich. Im Bereich der
184 Softwareentwicklung und IT lag der Prozentsatz mit 5,7 Prozent noch geringer.

185 Dieser Entwicklung möchten wir emanzipatorische Ansätze in der
186 Berufswahlorientierung, gezielte Frauenförderung und eine Sensibilisierung der
187 Akteure entgegensetzen. Die bisherige Berufswahlorientierung an Schulen ist
188 unterschiedlich in Umfang und Qualität. Aus unserer Sicht sollten
189 geschlechterdifferenzierte Ansätze konsequent implementiert werden. Studien
190 zeigen, dass Frauen in der Gründungsphase Ansprechpersonen und auch positive
191 Vorbilder fehlen. Wir brauchen daher dezentrale Unterstützungsstrukturen und
192 Veranstaltungsformate, die die Sichtbarkeit von Frauen in der Start-up-Szene
193 erhöhen und ihnen bei der Realisierung ihrer Ideen helfen. Wir plädieren für
194 einen landesgeförderten Female Innovation Hub und die Unterstützung weiterer
195 Initiativen zur Bündelung und Vernetzung von Gründerinnennetzwerken. Banken,
196 Kammern, Wirtschaftsnetzwerke und Unternehmensvereine sollten für den Blick auf
197 Frauen und aus Frauensicht sensibilisiert werden.

198 Denn gerade in Start-ups ist die Kompetenz von Frauen hilfreich. Der diverse
199 Blick auf Algorithmen ist zwingend für deren Nutzbarkeit. Gerade in einer
200 Situation des immer stärkeren Einsatzes von Algorithmen und künstlicher
201 Intelligenz ist ein stärkerer Einsatz gegen Diskriminierung unabdingbar. Auch
202 diesen Aspekt verstehen wir unter gleichwertigen Lebensverhältnissen.

203 E-Government und digitaler Infrastruktur endlich beherzt ausbauen

204 Eine flächendeckende und zukunftsfeste Versorgung mit schnellem Internet ist
205 Grundvoraussetzung für das Gelingen der digitalen Transformation unserer
206 Gesellschaft. Gerade die Global Player und Hidden Champions auf der „grünen
207 Wiese“ laufen Gefahr, von der digitalen Entwicklung abgeschnitten zu werden.
208 Deutschland ist beim Ausbau der digitalen Infrastruktur nach wie vor digitales
209 Entwicklungsland mit einem Glasfasernetz, das bundesweit nur 2,6 Prozent der
210 Bevölkerung erreicht und einem Mobilfunknetz auf einem völlig unzureichenden
211 Versorgungsniveau. Während der Ausbau der digitalen Infrastruktur in den
212 Ballungszentren Nordrhein-Westfalens vorangeht, hakt er massiv in der Fläche.
213 Wir setzen uns für schlankere, bürokratiearme Förderverfahren ein und wollen
214 Kommunen beim Abruf von Fördermitteln besser unterstützen. Wir stehen für
215 gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Eine wesentliche
216 Voraussetzung dafür wird in Zukunft sein, dass Stadt und Land gleichberechtigten
217 Zugang zu den digitalen Infrastrukturen – insbesondere der Versorgung mit
218 Glasfaser, Mobilfunk auf 5G-Standard und eine vollständig digitalisierte
219 Verwaltung auf allen Ebenen – bis spätestens zum Ende dieses Jahrzehnts
220 erhalten.

221 Damit die Digitalisierung eine Erfolgsgeschichte für Mensch und Natur wird,
222 brauchen wir positive Vorbilder, die begeistern. Hier spielt die Verwaltung eine

- 223 zentrale Rolle. Wenn wir die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger, der
224 Unternehmen und Verwaltungsangestellten zum Maßstab der digitalen Verwaltung
225 machen, können wir damit Impulse setzen, die ins Land wirken.

Begründung

erfolgt mündlich